



Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Sitzungswoche vom 26. bis 30. September 2011

***Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,***

im Mittelpunkt der zurückliegenden Sitzungswoche in Berlin stand die Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm. Bei dessen Ausweitung ging es nicht um die Frage, ob Griechenland eine weitere Hilfstranche ausgezahlt bekommt. Es ging auch nicht um die Einrichtung eines dauerhaften Stabilisierungsmechanismus. Ziel war vielmehr, einen besseren Schutz gegen das Übergreifen der Verschuldungskrise auf die Finanz- und Realwirtschaft zu errichten. Die Ausweitung des Rettungsschirms ist ein weiterer wichtiger Schritt, um Ansteckungseffekte in der Währungsunion gezielt bekämpfen zu können.

Für meine Zustimmung galten folgende Bedingungen, die alle in dem jetzt beschlossenen Gesetz enthalten sind: Das Parlament wird an allen Entscheidungen beteiligt und Hilfen werden nur dann gewährt, wenn eine Gefährdung der Finanzmarktstabilität der Eurozone insgesamt vorliegt. Voraussetzung für eine Unterstützung der jeweiligen Staaten muss ein striktes finanz- und wirtschaftspolitisches Reformprogramm sein.

Es steht fest, dass derzeit das Euroland Griechenland vor schwierigen Herausforderungen steht. Die Haushaltskonsolidierung des Landes und der Sparkurs sind hart für Griechenlands Bürger. Sie bleiben jedoch Voraussetzung für Hilfen der Euro-Staaten und eine wirtschaftliche Gesundung des Landes.

Ewa Klamt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Euro-Rettungsschirm - Parlamentsrechte stärken

Kontrollrechte des Parlaments

Dem Deutschen Bundestag werden weitreichende Befugnisse eingeräumt, um die finanzielle Kontrolle zu intensivieren und die demokratische Legitimität der Rettungsmaßnahmen zu stärken. Künftig gilt:

- Der Deutsche Bundestag muss Anträgen auf Notmaßnahmen, Änderungen an getroffenen Vereinbarungen mit den Schuldnerländern sowie Anpassungen am Rettungsschirm zustimmen.
- Für Fälle besonderer Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit wird ein eigens gewähltes Gremium aus Mitgliedern des Haushaltsausschusses eingerichtet.

Damit steht fest: Ohne Zustimmung des Deutschen Bundestages erfolgen keine Zahlungen. Es gibt keinen Automatismus.

Spitzenbonität für Rettungsschirm

Durch die Aufstockung des deutschen Haftungsanteils von 123 auf rd. 211 Milliarden Euro wird die Spitzenbonität des Rettungsschirms gesichert. Das macht die Finanzierung von Hilfsmaßnahmen leichter und kostengünstiger. Außerdem steht die Spitzenbonität für die Zuverlässigkeit und Solidität der Währungsunion. Auch die anderen Euroländer müssen ihren nationalen Bürgschaftsrahmen aufstocken.

Weitere Instrumente des EFSF

Zur Ausweitung des Rettungsschirms gehört außerdem das neue Instrument der *Kreditlinien*. Die Schuldnerländer werden damit in die Lage versetzt, am freien Kapitalmarkt doch noch Kredit zu erhalten, so dass keine effektiven Hilfsmittel erforderlich werden. Der Inter-

Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

nationale Währungsfonds IWF hat mit dieser Form des „Dispokredits“ gute Erfahrungen gemacht.

Für Ausnahmefälle sollen auch *Aufkäufe von Staatstiteln durch den Rettungsschirm am Primär- und Sekundärmarkt* möglich sein (der Primärmarkt - auch Emissionsmarkt - ist der Finanzmarkt für die Erstaussage von Finanzkapital, in der Regel Aktien oder Anleihen. Der Sekundärmarkt - auch Umlaufmarkt - ist der Finanzmarkt zum Handel von schon emittierten Wertpapieren, vor allem Aktien und Anleihen). Damit kann übermäßiger Preisdruck an den Märkten abgeschwächt werden. Auch können so Finanzinvestoren an Kursverlusten unmittelbar beteiligt werden. Vor allem wird damit die Europäische Zentralbank entlastet, die bislang allein Staatstitel am Sekundärmarkt aufkauft, um Preisverzerrungen zu vermeiden und die Währungsunion vor Spekulation zu schützen.

Mit all diesen Maßnahmen geht es um den Schutz unserer Wirtschaft und Währung.

Straßburg verschärft Stabilitätspakt

Währenddessen stimmte das Europäische Parlament am Mittwoch für einen verschärften Stabilitätspakt. Er sieht Haushaltsdisziplin, härtere Strafen für Defizitsünder und ein schnelleres Krisenmanagement vor. Mitglieder der Eurozone werden Warnungen und Aufforderungen der EU-Kommission zur Korrektur ihrer Haushaltspolitik künftig nicht mehr ignorieren können. Das „Sixpack“ genannte Gesetzespaket ist die größte Reform des Euro-Stabilitätspaktes seit der Euro-Einführung 1999.

Grüne und SPD stimmten gegen die Reform.

Optimierung der Geldwäscheprävention

Mit dem in erster Lesung beratenen Gesetz wird der Wirtschaftsstandort Deutschland wirksamer vor Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geschützt. Nachdem bereits die aufsichtsrechtlichen Defizite im Präventionssystem gegen Geldwäsche beseitigt und durch das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz der Vortatenkatalog des Straftatbestands der Geldwäsche erweitert wurde, sind nunmehr zusätzli-

che Änderungen im Geldwäschegesetz und untergesetzliche Begleitmaßnahmen vorgesehen, um die Einhaltung der Standards der „Financial Action Task Force on Money Laundering“ (FATF) sicherzustellen.

Europa-Medaille für Ewa Klamt

Für ihre besonderen Verdienste um die Europäische Einigung wurde Ewa Klamt mit der Europa-Medaille der Bayerischen Staatskanzlei ausgezeichnet.

In ihrer Laudatio dankte die Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, Emilia Müller, Ewa Klamt für ihr „kompetentes und überaus große Engagement in der europäischen Innenpolitik“.



Als Mitglied im Innenausschusses des Europäischen Parlaments sowie als innenpolitische Sprecherin der EVP-Fraktion war Ewa Klamt für zentrale migrationspolitische Rechtsakte zuständig, so unter anderem für die Richtlinie für Familienzusammenführung und die sogenannte Blue-Card zur Zuwanderung Hochqualifizierter.

Die Europamedaille wird seit 1990 an ausgewählte Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Politik, Kunst, Wirtschaft oder Wissenschaft für herausragendes Engagement in und für Europa vergeben.

Änderung des Bundesvertriebenengesetzes

Mit der Verabschiedung des nunmehr neunten Änderungsgesetzes wird eine Härtefallregelung geschaffen, um dauerhafte Familientrennungen bei Spätaussiedlern zu vermeiden. Künftig wird es im Härtefall möglich sein, den Ehegatten oder Abkömmling eines Spätaus-

Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

siedlers nachträglich in dessen Aufnahmebescheid einzubeziehen. Dies gilt in Fällen, in denen der Spätaussiedler bereits in Deutschland seinen ständigen Aufenthalt hat und der bisher im Aussiedlungsgebiet verbliebene Ehegatte oder Abkömmling die sonstigen – insbesondere auch die sprachlichen – Voraussetzungen nach dem Bundesvertriebenenrecht erfüllt.

Finanzkraft der Kommunen stärken

Bund und Länder hatten in einer Protokollklärung im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zu dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch Maßnahmen vereinbart, die die Finanzkraft der Kommunen stärken. Diese geschieht mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, welches in erster Lesung beraten wurde. Der Bund wird demnach ab 2012 seine Beteiligung an den Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise erhöhen. Ab dem Jahr 2014 wird der Bund diese Ausgaben vollständig erstatten. Im Gegenzug wird die Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung in entsprechendem Umfang ebenfalls schrittweise abgesenkt.

Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen

Mit dem *Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen* wird das in Deutschland vorhandene Potential an Fachkräften besser für unsere Gesellschaft genutzt. Gleichzeitig ebnet die Anerkennung der Abschlüsse zugewanderten Menschen den Weg zur Integration. Die Bewertung und Anerkennung von Qualifikationen, die aus dem Ausland mitgebracht wurden, wird verbessert. Das erhöht die Attraktivität Deutschlands und verringert den Fachkräftemangel. Künftig gibt es den Anspruch auf eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit vergleichbaren inländischen Abschlüssen. Die Länder haben angekündigt, sich bei Regelungen in ihrem Bereich an diesen Maßstäben zu orientieren.

Daten und Fakten

Piratenpartei – eine abermalige Spaltung der Linken?

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hat die Piratenpartei Deutschland am 18. September 8,9% der Stimmen gewinnen können. Sie zieht mit insgesamt

15 Mandaten in den Berliner Landtag ein und verfügt damit über nur fünf Sit-

ze weniger als Die Linke. Laut infratest dimap wanderten insgesamt 17.000 Wähler der Grünen, 14.000 Wähler der SPD und 13.000 Wähler der Linkspartei zu den Piraten. FDP und CDU verloren hingegen nur 6.000 respektive 4.000 Stimmen an die Piraten. Zusätzlich konnten die Piraten 23.000 Nichtwähler mobilisieren und 22.000 Wähler der Sonstigen gewinnen.

Der durchschnittliche Wähler der Piratenpartei ist zwischen 18 und 34 Jahren alt, männlich und besitzt einen hohen formalen Bildungsabschluss. In den Gruppen der 18 bis 24-Jährigen und 25 bis 34-Jährigen liegt der Wähleranteil bei je 16%, doch auch unter den 45 bis 59-Jährigen konnte die Piratenpartei 8% der Stimmen gewinnen. Die Hochburg der Piratenpartei liegt mit Friedrichshain-Kreuzberg in einem Teil des Wahlbezirkes, den bei der letzten Bundestagswahl Bündnis90/Die Grünen direkt gewannen.

(Parteienmonitor der Konrad-Adenauer-Stiftung)

Jeder zehnte Betrieb beteiligt seine Mitarbeiter am Erfolg.

Große Betriebe nutzen häufiger Systeme der Gewinn- und Kapitalbeteiligung als kleine. Während acht Prozent der Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten Gewinnbeteiligungsmodelle haben, beteiligt jeder dritte Großbetrieb mit 500 und mehr Beschäftigten seine Mitarbeiter oder einen Teil seiner Mitarbeiter am Gewinn. Am häufigsten ist die Gewinnbeteiligung in Betrieben des



Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Sektors Information und Kommunikation. Fast ein Drittel der Betriebe dieses Sektors beteiligen zumindest einen Teil ihrer Beschäftigten am Gewinn. Zu dem Sektor zählen Betriebe des Verlagswesens, der Funk-, Fernseh- und Filmindustrie, Telekommunikation, Internetdienstleistungen, Softwareentwicklung und Datenverarbeitung sowie Nachrichtenbüros. Weit verbreitet ist die finanzielle Mitarbeiterbeteiligung auch im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Hier weist fast ein Viertel der Betriebe Gewinnbeteiligung auf. Knapp die Hälfte aller Betriebe, die Gewinnbeteiligungsmodelle eingeführt haben, bezieht alle Mitarbeiter in diese ein.

(Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung)

2010 erstmals mehr Bachelor- als traditionelle universitäre Abschlüsse. Im Prüfungsjahr 2010 (Wintersemester 2009/2010 und Sommersemester 2010) erwarben 31% der insgesamt rund 361.700 Hochschulabsolventinnen und -absolventen einen Bachelorabschluss. Damit lag der Anteil der Bachelorabschlüsse erstmals über den traditionellen universitären Abschlüssen, die 2010 einen Anteil von 29% erreichten. Darüber hinaus erwarben 16% der Absolventen einen herkömmlichen Fachhochschulabschluss, die Lehramtsprüfungen erreichten einen Anteil von 10%, gefolgt von den Masterabschlüssen und den Promotionen mit jeweils 7%. Die Zahl der insgesamt erfolgreich abgelegten Hochschulprüfungen stieg im Vergleich zum vorhergehenden Prüfungsjahr 2009 um 23.000 oder knapp 7%. Die Bachelorabschlüsse nahmen im Jahr 2010 um 56% und die Masterabschlüsse um 28% zu. Die Zahl der herkömmlichen Fachhochschulabschlüsse ging dagegen um 23% und die der traditionellen universitären Abschlüsse um 8% zurück. Die Lehramtsprüfungen stiegen um 4% und die Promotionen um 2%.

(Statistisches Bundesamt)

Sitzungswoche vom 19.-23. September

Der Papst im Deutschen Bundestag

Hoher Besuch im Deutschen Bundestag: Als erster Papst sprach Benedikt XVI. am Donnerstag vor dem deutschen Parlament. In seiner Rede rief er die Politik auf, mit Vernunft und Herz zu regieren und sich für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen. Im Mittelpunkt seiner Rede standen die ethischen Grundlagen des Rechts.



Foto: dapd/Clemens Bilan

Bundespräsident Wulff und Papst Benedikt XVI im Plenarsaal des Bundestages

„Der Erfolg ist dem Maßstab der Gerechtigkeit, dem Willen zum Recht und dem Verstehen für das Recht untergeordnet“, redete Benedikt den Politikern ins Gewissen. Der Antrieb für die Arbeit eines Politikers dürfe nicht der Erfolg allein und schon gar nicht materieller Gewinn sein.

Es ist beschämend, dass in den Reihen der Oppositionsfraktionen zum Boykott der Rede aufgerufen wurde, nachdem zuvor alle Fraktionen der Einladung des Papstes zugestimmt hatten.

Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der UN-Friedensmission in Südsudan (UNMISS)

Das UNMISS-Mandat für den seit dem 9. Juli 2011 formell unabhängigen Südsudan wurde bereits vor der Sommerpause aufgrund eines konsolidierten Entwurfs des Sicherheitsmandats es beschlossen. Das neue Mandat ist bis zum 15. November 2012 befristet. Die Mission dient als stabilisierendes Element zur Wahrung der Sicherheit der Zivilbevölkerung im Südsudan. Die Obergrenze ist weiterhin auf 50 Soldatinnen und Soldaten begrenzt, derzeit sind elf deutsche Soldaten im Rahmen von UNMISS im Einsatz.

Jahresbericht des Wehrbeauftragten

Der Jahresbericht 2010 des Wehrbeauftragten gab den Abgeordneten einen Überblick über besondere Anliegen der Soldatinnen und Soldaten und eine Einschätzung des Wehrbeauftragten über die Situation der Bundeswehr.

In dem Bericht wird neben Defiziten in der Ausbildung und Problemen im Sanitätsdienst der von vielen Soldatinnen und Soldaten empfundene fehlende Rückhalt durch die Gesellschaft kritisiert. Die Betroffenen wünschen sich, dass allgemein mehr reger Anteil am Schicksal der Soldaten genommen wird, wie es durchweg in den Zivilgesellschaften anderer Länder erfolgt. In anderen Ländern identifiziere man sich zwar nicht zwingend mit den Einsätzen, aber sehr wohl mit den Menschen, die in diese Einsätze geschickt werden.

Faire Teilhabechancen von Anfang an

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur weiteren Förderung frühkindlicher Bildung und Betreuung zu ergreifen. Neben der Forderung nach einem quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung werden weitere bildungspolitische Ziele gesetzt, darunter die Qualitätsverbesserung und -sicherung bei der Infrastruktur und beim Personal der Kindertageseinrichtungen sowie der Tagespflegepersonen. Der Koalitionsantrag enthält einen Katalog mit 20 Prüfaufträgen und Forderungen. Dazu gehört u.a. die

Einberufung eines Strategiekreises unter Beteiligung der Kirchen, der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände und anderer Anbieter in freier Trägerschaft ist, um so zu einer Bildungspartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu kommen.

Freiwillige Feuerwehr Isenbüttel bei Ewa Klamt im Deutschen Bundestag

Die Isenbüttler besuchten Ewa Klamt in Berlin. Nachdem sie den Reichstag bisher stets nur von außen gesehen hatten, freuten sie sich nun besonders darüber, das geschichtsträchtige Parlamentsgebäude von innen besichtigen zu können und auch auf die sogenannte Fraktionsebene zu gelangen.



In einem Informationsgespräch im Vorstandssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschrieb Frau Klamt ihren Arbeitsalltag in Berlin und den Ablauf einer Plenarwoche.

Daten und Fakten

Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland unter den besten Zehn.

Im aktuellen Wettbewerbsfähigkeitsreport des Weltwirtschaftsforums belegt die Bundesrepublik Rang 6 von 142 untersuchten Ländern. Die deutsche Wirtschaft profitiert dabei vor allem von einer außergewöhnlich guten Infrastruktur. Die Bundesrepublik erreicht hier weltweit den zweiten Platz. In den Feldern „Entwicklungsgrad der Unternehmen“ und „Innovationen“ steht Deutschland auf Rang vier. Die Produktionsverfahren seiner Unternehmen entsprechen dem neuesten Stand und nicht einmal eine Handvoll Länder investiert mehr in

Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Forschung und Entwicklung. Als Schwachstelle benennt das Weltwirtschaftsforum den Arbeitsmarkt, hier landet Deutschland lediglich auf Rang 64.

(Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Köln)

Deutlicher Rückgang der Zahl der Langzeitarbeitslosen.

War bis 2005 eine steigende Sockelarbeitslosigkeit ein typisch deutsches Arbeitsmarktphänomen, so hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahezu halbiert: von 1,7 Millionen auf 886.000 im Juni 2011. Damit waren im Juni 2011 ein Drittel der Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Im langjährigen Vergleich ergibt sich ein Rückgang des Anteils struktureller Arbeitslosigkeit von 37 % im Jahr 2000 auf 32 % im Juni 2011.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Kontakt

Berlin

Ansprechpartnerin: Petra Kröber
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Gifhorn

Ansprechpartner: Timm Bußmann
Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Peine

Ansprechpartnerin: Christine Heuer
Freiligrathstr. 4, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226



CDU